



Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel 030 227 – 73910

Fax 030 227 – 76910

E-Mail ralph.brinkhaus@bundestag.de

Pressemitteilung

11.04.2011

Ralph Brinkhaus spricht sich gegen Pläne zur EU-Steuer aus

Der CDU-MdB und Finanzexperte Ralph Brinkhaus kritisiert die Pläne der EU-Kommission, eine EU-Steuer einzuführen. Mehreren Medienberichten zufolge erneuert der EU-Kommissar Janusz Lewandowski aus Polen seinen Vorschlag aus dem letzten Jahr, künftig einen Teil des Brüsseler Haushalts direkt über Steuern zu finanzieren.

Bislang finanziert sich die Europäische Union vorwiegend durch Zolleinnahmen, Anteile an der Mehrwertsteuer und Zahlungen aus den Mitgliedsländern. Für diese Eigenmittel besteht eine Obergrenze von derzeit 1,23 Prozent der Bruttonationaleinkommen der Mitgliedsstaaten, wodurch der EU-Haushalt limitiert wird. Dies sei insofern wichtig, als dass der EU-Bürokratie Grenzen gesetzt sind. „Mit der Einführung einer europäischen Steuer steht zu befürchten, dass es innerhalb kürzester Zeit zu einer massiven Ausweitung von EU-Aktivitäten und dementsprechenden Finanzierungsbedarf kommt“, so Brinkhaus.

Die Äußerungen Lewandowskis, eine EU-Steuer würde zu keinen Mehreinnahmen, sondern lediglich zu einer Veränderung der Proportionen des EU-Haushalts führen, sieht Ralph Brinkhaus äußerst kritisch. „Ich habe erhebliche Bedenken, dass eine europäische Steuer eine Mehrbelastung des Staats und somit auch der Bürger zur Folge haben wird“, so der Gütersloher Abgeordnete.

Brinkhaus weist darauf hin, dass eine eigene EU-Steuer im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP ausdrücklich abgelehnt wird und fordert die Bundesregierung auf, diesem Bestreben auf europäischer Ebene einen Riegel vorzuschieben.